

A-4 Bildungsticket Sachsen-Anhalt

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 28.05.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Deutschland wartet auf die Verkehrswende. Ein attraktiver und moderner
2 Öffentlicher Personennahverkehr wird ein wesentlicher Bestandteil einer
3 Mobilität sein, die sich den Herausforderungen der Zeit stellt. In den Städten
4 im Land kann funktionierender ÖPNV die Zahl der privaten PKW verringern helfen
5 und so zu besserer Luft und mehr Raum für die Menschen beitragen, auf dem Land
6 sichert er die Mobilität vor Allem für die Älteren und die Jüngeren. Besonders
7 in den dünner besiedelten ländlichen Räumen ist ein attraktiver Nahverkehr
8 Standortfaktor: er sichert Einkaufs- und Schulwege. In Sachsen-Anhalt ist der
9 Schüler*innenverkehr bis zur 10. Klasse kostenfrei, für die Beförderung von
10 Azubis hat sich die Koalition auf die Einführung eines Azubi-Tickets geeinigt.
11 Für Schüler*innen der Abiturstufe gibt bislang es keine Regelung.

12 In verschiedenen Bundesländern {u.a. Hessen und Berlin) sind auf Initiative von
13 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den letzten Monaten erfolgreich landesweite
14 Schüler*innentickets eingeführt worden. An diesen Erfolg wollen wir in Sachsen-
15 Anhalt anknüpfen und eine abgestimmte Regelung für die gesamte Zeit der Schul-
16 und Ausbildung vorschlagen.

17 Wir fordern die Landesregierung auf, ein Landesbildungsticket zu entwickeln und
18 mit den Landkreisen und kreisfreien Städten und den Unternehmen des öffentlichen
19 Nahverkehrs die Bedingungen für eine zeitlich und innerhalb Sachsen-Anhalts
20 räumlich unbeschränkte Jahreskarte für alle Schüler*innen jeder Klassenstufe,
21 Auszubildende, Studierende und Teilnehmende an Freiwilligendiensten in Sachsen-
22 Anhalt auszuhandeln. Diese Landesbildungsticket soll im bisherigen
23 Geltungsbereich der kostenfreien Schülerbeförderung {siehe § 71 Abs.2 SchulG
24 LSA) weiterhin kostenfrei angeboten werden. Darüber hinaus soll der Jahrespreis
25 für das Landesbildungsticket bei 365,00 Euro liegen. Berechtigte aus
26 wirtschaftliche schwachen Haushalten (Empfänger*innen von Sozialhilfe etc.) soll
27 die Jahreskarte um 50 % ermäßigt angeboten werden.

28 Dafür braucht es eine ÖPNV-Finanzreform, die unterschiedlichste Preise und
29 Beförderungsstandards unter den Landkreisen beseitigt, ein möglichst
30 einheitliches Beförderungssystem schafft und den Aufgabenträger*innen mehr
31 Möglichkeiten zur Mittelsteuerung gibt. Denn auch beim ÖPNV gilt das
32 Subsidiaritätsprinzip: so weit wie möglich sollen die Herausforderungen auf der
33 untersten Ebene - hier der kommunalen Ebene - angegangen werden. Denn nur vor
34 Ort und mit den Bürger*innen zusammen kann ein ÖPNV entwickelt werden, der an
35 die individuellen Bedürfnisse der Menschen in der Region angepasst ist.

36 Dort, wo es bereits funktionierende und anerkannte Ticketsysteme für Studierende
37 im Sinne eines Semestertickets gibt, soll das Bildungsticket nicht zwangsläufig

³⁸ greifen. Dennoch soll auch für diese Studierenden das Bildungsticket fakultativ
³⁹ verfügbar sein.